

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			5. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 24.02.2012	Sitzungsbeginn: 15.05 Uhr	Sitzungsende: 15.15 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

Frau Senatorin Stahmann begrüßt die Mitglieder der Deputation sowie die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

**Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 19.01.2012
2. Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen 2011  
(Vorlage Nr. 18/12)
3. Produktbereichscontrollingbericht Januar bis Dezember 2011 (Gesamtjahr einschl. 13. Monat) für den Produktplan 41 – Jugend und Soziales  
(Vorlage Nr. 19/12)
4. Verschiedenes

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 19.01.2012**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 19.01.2012.

**TOP 2: Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen 2011**  
(Vorlage Nr. 18/12)

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen Januar bis Dezember 2011 (13. Monat) zur Kenntnis.

**TOP 3: Produktbereichscontrollingbericht Januar bis Dezember 2011 (Gesamtjahr einschl. 13. Monat) für den Produktplan 41 – Jugend und Soziales**  
(Vorlage Nr. 19/12)

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Produktbereichscontrollingbericht Januar bis Dezember 2011 (Gesamtjahr einschl. 13. Monat) zur Kenntnis.

**TOP 4: Verschiedenes**

**Pflege-Neuordnungsgesetz**

Die Verwaltung berichtet über eine Sitzung am 15.02.2012 beim Bundesministerium für Gesundheit, in der der Entwurf des Pflege-Neuordnungsgesetzes (PMG) vorgestellt wurde. Es ist geplant, den Gesetzesentwurf im März im Bundeskabinett zu behandeln.

Der Gesetzesentwurf enthält die Möglichkeit der erhöhten Leistungen für demenzkranke Menschen und sieht auch eine Förderung neuer Wohnformen vor.

Zur Finanzierung der zusätzlichen Leistungen ist eine Beitragserhöhung in der sozialen Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Beitragssatzpunkte vorgesehen.

Insgesamt wird der Entwurf in der fachpolitischen Debatte kritisch beurteilt. Zudem setzt er nicht die einstimmigen Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz aus den Jahren 2010 und 2011 um.

A und B-Länder haben zu diesem Gesetzesentwurf gemeinsam getagt und Kritikpunkte ausgetauscht. Darüber hinaus haben die A-Länder weitere Punkte in der Anhörung vorgetragen. Sowohl hierzu als auch zu den zwischen A-Ländern konsensnahen Kritikpunkte war kein Entgegenkommen des Bundesministeriums für Gesundheit zu erkennen. Im weiteren Verfahren bereiten die A-Länder gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen einen Entschließungsantrag für die Bundesratssitzung am 25.04.12 vor, der die A-Länder-Positionen zur Basis hat.

### **UN-Behindertenrechtskonvention**

Frau Schmidtke (SPD) weist im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Konvention auf das Erfordernis hin, eine Sensibilisierung aller Ressorts für die Belange behinderter Menschen zu erreichen. Hierzu kann unter anderem auch die standardmäßige Prüfung entsprechender Belange in den Vorlagen für die einzelnen politischen Gremien sein.

Frau Senatorin Stahmann weist auf die Diskussion und Ergebnisse der Bremischen Bürgerschaft zu diesem Thema hin. Im Weiteren wird ein Gremium eingerichtet, das sich mit Fragen der Umsetzung der u.g. Behindertenrechtskonvention befasst. Im Rahmen dieser Zuständigkeit kann auch die eingebrachte Problematik behandelt werden.

---

Vorsitzende

---

Sprecher

---

Protokollführerin